

Bericht	Geschäftsbereich	Soziales, Jugend & Integration
	Ressort / Stadtbetrieb	Ressort 201 - Ressort Soziales
	Bearbeiter/in	Uwe Temme
	Telefon (0202)	563 2015
	Fax (0202)	563 8038
	E-Mail	uwe.temme@stadt.wuppertal.de
	Datum:	22.01.2007
	Drucks.-Nr.:	VO/0067/07 öffentlich
Sitzung am	Gremium	Beschlussqualität
01.02.2007	Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Familie	Entgegennahme
o. B.		
Rahmenbedingungen für den Ausbau von Beschäftigungsförderungsmaßnahmen		

Grund der Vorlage

Beschluss des Rates der Stadt vom 19.06.2006: Arbeit für Wuppertal

Beschluss:

Entgegennahme ohne Beschluss

Unterschrift

Dr. Stefan Kühn

Begründung

Der Rat der Stadt Wuppertal hat in seiner Sitzung am 19.06.2006 die ARGE Wuppertal aufgefordert, die Beschäftigungsförderung quantitativ und qualitativ auszubauen. Dazu sind die folgenden Rahmenbedingungen entwickelt und mit den Verbänden der Arbeitgeber und Arbeitnehmer abgestimmt worden:

Rahmenbedingungen für den Ausbau von Beschäftigungsförderungsmaßnahmen

Die Stadt Wuppertal unterstützt die Anstrengungen der ARGE zum weiteren Ausbau des Integrationsprogramms.

Zwar haben Beschäftigungssicherung und -förderung auf dem 1. Arbeitsmarkt eindeutig Priorität. Jedoch ist deutlich festzustellen, dass selbst bei den positiven Entwicklungstendenzen auf dem Arbeitsmarkt, die zur Zeit zu verzeichnen sind, nur ein Teil der Menschen, die aktuell keine Beschäftigung haben, auf dem 1. Arbeitsmarkt eine Chance erhalten werden.

Daher müssen die Qualifizierungs- und Beschäftigungsförderungsmaßnahmen der ARGE ausgebaut und qualitativ weiterentwickelt werden, um die Eingliederungschancen der Betroffenen zu erhöhen. Die Stadt Wuppertal versteht sich bei der Umsetzung dieser Aufgabe als Partner der ARGE und der Agentur für Arbeit.

Die in unterschiedlich durchgeführten Tätigkeitsfeldern bei den Beschäftigungsmaßnahmen der Stadt zeigt die Stadtverwaltung als großen Anbieter.

Die Stadt Wuppertal verpflichtet sich dazu, die Beschäftigungsförderungsmaßnahmen keinesfalls zu nutzen, um in den Aufgabenbereichen, in denen sie durchgeführt werden, sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze abzubauen oder externe Vergabe zu reduzieren.